

«Ich sage: danke schön»

Die Staatssekretärin für Wirtschaft, Helene Budliger Artieda, erklärt, wie die Kooperation mit den Unternehmern beim US-Deal lief. Im Gespräch mit Peter A. Fischer und Fabian Schäfer sagt sie zudem, was die Absichtserklärung tatsächlich bedeutet – und wie es jetzt weitergeht

Frau Staatssekretärin Budliger, wie oft sind Sie seit Präsident Donald Trumps sogenanntem «Liberation Day» nach Washington gereist?
Genau gezählt habe ich es nicht, ich schätze etwa 15 Mal.

Was haben Sie am 2. April gemacht, als der Zollsatz von 31 Prozent bekannt wurde?
Ich war am Abend an einem Podiumsgespräch zum Schweizer Vertragspaket mit der EU und sagte flapsig, ich sei froh, nicht über die USA reden zu müssen. Auf dem Heimweg erfuhr ich von dem Strafzoll und war schockiert.

Und dann?
Unsere Telefone klingelten nonstop. Manche Personen boten Hilfe und Ratsschläge an. Uns war sofort klar: Wir müssen nach Amerika reisen und uns für Verhandlungen möglichst schnell und breit aufstellen. Mit einem um 11 Prozentpunkte höheren Zollsatz als die EU war Abwarten keine Option.

Haben Sie Schweizer Unternehmer angerufen, oder haben sich diese selbst bei Ihnen gemeldet?
Beides. Wir überlegten uns, wer am meisten betroffen ist, wer in den USA präsent ist und uns Türen öffnen könnte. Ich selbst war zwar schon öfter in Washington wegen der Koordination der Russland-Sanktionen oder der Gespräche über die Mikrochips, war aber keine USA-Expertin. Es war eine sehr fluide Situation, in der aber allen klar war, dass das ganze Land zusammenstehen muss.

Es gelang schnell, sich auf einen Deal zu einigen. Wieso kam der nicht ins Ziel?
Weil das, was man klassisch macht – nämlich sich zwischen Kabinettsmitgliedern und den fachlich zuständigen Behörden zu einigen –, in diesem Fall nicht ausreichte. Man musste ins Oval Office gelangen und die Zustimmung von Donald Trump erhalten.

Wieso gelang das nicht?
Wir versuchten permanent den Prozess zu verstehen, erhielten aber keine klaren Zeichen. Es gab diesen sehr frühen Deal mit Grossbritannien, später erhielten einige Handelspartner wie Südafrika oder Japan völlig unerwartet Briefe des US-Präsidenten mit unilateralen Tarifankündigungen. Und dann kamen rasch hintereinander Deals, unter anderem mit Brasilien und den Philippinen, und schliesslich mit der EU zustande. Da wussten wir, jetzt müssen wir handeln. Man empfahl uns ein Telefongespräch zwischen den Staatsechfs, es hatte ja schon einmal ein erfolgreiches gegeben. Und dann kam am 1. August der 39-Prozent-Zoll. Das war ein Schock.

Stimmt es, dass ein vorteilhafter früher Abschluss schon Ende Mai, Anfang Juni dadurch verhindert wurde, dass man sich zuerst auf ein formelles Verhandlungsmandat einigen und das Parlament dazu konsultieren musste?
Zu diesem Zeitpunkt lag kein für die Schweiz akzeptables Verhandlungsergebnis vor. Es war ausserdem zentral, bereits in der ersten Phase ein Verhandlungsmandat einzuholen. Es ging nicht nur um Geschwindigkeit, sondern auch darum, ein tragfähiges Ergebnis im Interesse der Schweiz zu erzielen.

Nun ist nach schwierigen Monaten ein Deal gelungen. Was brachte schliesslich den Durchbruch?

Erstens, dass der Bundesrat sofort beschlossen hat, auf allen Ebenen weiterzuverhandeln. Zweitens ist es uns gelungen, den Privatsektor stärker ins Boot zu holen. Die beteiligten Unternehmer konnten Präsident Trump glaubwürdig aufzeigen, wie man mit den angebotenen Investitionen das Handelsbilanzdefizit, das ihm offensichtlich so wichtig ist, verringern kann. Drittens spielte Fleiss eine Rolle: Es brauchte sehr viele Reisen, Videocalls und Beziehungen aller Art. Am Schluss ging es wieder um die Frage, wie man die Aufmerksamkeit des rundum beschäftigten Präsidenten erhält, damit er grünes Licht gibt. Da war die Initiative der Unternehmer zentral.

Die Unternehmer haben ihre Hilfe von sich aus offeriert?
Es war ihre Initiative. Aber wir standen schon lange in Kontakt. Sie konnten sich und stellten ihre Gruppe mit Blick auf die Investitionsversprechen von 200 Milliarden Dollar zusammen. Ihnen ging es auch darum, dem Präsidenten aufzuzeigen, wie schädlich der 39-Prozent-Zoll für die Zusammenarbeit mit den USA ist und wie hart er Schweizer Firmen und Angestellte trifft. Sie konnten den Realitätsbezug herstellen wie kaum jemand anders. Wie man mir sagte, war Trump sehr interessiert und stellte viele Fragen.

Wieso war niemand von der Pharma-industrie dabei, die am meisten Investitionen beisteuert?
Ihre Vertreter waren schon früher im Oval Office, aber als Branche, die nicht durch die Strafzölle, sondern vor allem wegen der Medikamentenpreise unter Druck steht. Das ist nicht ein Schweiz-spezifisches Problem und hätte nicht zu dieser Demarche gepasst.

Wie lief die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Unternehmern? Wurden vertrauliche Informationen ausgetauscht?
Nein. Ich weiss, was es heisst, wenn etwas geheim ist. Die Schweizer Offerte an die USA war geheim. Nur die Mitglieder des Bundesrats und die Bundeskanzlei kannten sie sowie diejenigen, die sie geschrieben haben. Die Unternehmer hatten sie nicht gesehen. Sie haben auch nicht verhandelt. Sie kennen nicht einmal die Liste der in Aussicht gestellten Investitionen. Auch zu dieser Liste haben nur wenige Leute Zugang, weil sie börsenrelevante Informationen enthält.

Die Unternehmer brachten dem amerikanischen Präsidenten eine Rolex-Uhr und einen gravierten Goldbarren mit. Verstehen Sie, dass das manche als stossend empfinden?
Das Seco wurde über die Geschenke informiert, hat sich jedoch bewusst nicht bei Wahl und Beschaffung eingebracht, da es eine private Initiative war.

Sind Sie irritiert, dass es jetzt sogar Anzeigen wegen Bestechung gegen die Unternehmer gibt?
Dazu kann ich mich aufgrund der laufenden juristischen Abklärungen nicht äussern. Aber ich persönlich bin enorm froh, dass es in diesem Land ein Unternehmertum gibt, das bereit ist, zu helfen, wenn das Land es braucht, das auch etwas riskiert. Der Besuch in Washington war entscheidend: Die Unternehmerdelegation hat bewirkt, dass Präsident Trump seinem Handelsbeauftragten Jamieson Greer grünes Licht gab, die Verhandlungen mit uns abzuschlies-



«Am Schluss ging es wieder um die Frage, wie man die Aufmerksamkeit des rundum beschäftigten amerikanischen Präsidenten erhält, damit er grünes Licht gibt. Da war die Initiative der Unternehmer zentral», sagt die Seco-Chefin Helene Budliger Artieda. ANINICK RAMP / NZZ

sen. Dabei waren die meisten dieser Unternehmer von den Zöllen in ihrem Geschäft gar nicht essenziell betroffen. Sie haben das nicht für sich, sondern für unser Land gemacht. Wir Schweizer sind gerne kritisch. Aber ich als Bürgerin Helene Budliger Artieda und als Leiterin des Seco, ich sage: danke schön.

Ihr Chef Guy Parmelin bezeichnet die Einigung als einen guten Deal, Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter sagte, sie tue ein bisschen weh. Was ist Ihre Einschätzung?
Diesen Widerspruch, den Sie konstruieren, gibt es nicht. Auch mein Chef und ich hätten lieber den Zustand von Anfang Jahr. Wir haben dies auch mehrfach so gesagt. Aber ich fürchte, dahin werden wir nicht mehr kommen, selbst wenn dereinst die Demokraten in den USA wieder am Ruder sind. Wir haben nun einen Zollsatz von 15 Prozent alles inklusive verabredet, also nicht einen Strafzoll, zu dem frühere Zölle noch hinzugerechnet werden. Zudem profitieren wir von den generellen Ausnahmen, die unsere Pharma- und Goldexporte und neu auch Kaffee vom Zoll befreien. Hinzu kommen spezifische Zollbefreiungen, die nur Länder erhalten, die ein Abkommen haben. Das hat etwa bewirkt, dass der Flugzeugbauer Pilatus in Nidwalden mit seinen Flugzeugen wieder zollbefreit ist. Alles in allem schätzen wir, dass wir auf eine handelsgewichtete Zollbelastung von etwa 7 Prozent kommen und gegenüber

der Situation vorher rund 6 Milliarden Dollar pro Jahr sparen. Ich finde, das ist ein guter Deal.

In der Politik gibt es viele negative Reaktionen, nicht nur von der Linken, sondern sogar aus der FDP. Einige Stellungnahmen haben mich überrascht. Manche tun so, als hätten wir eigenmächtig gehandelt. Aber die Ausenpolitischen Kommissionen des Parlaments haben unser Mandat gekannt und abgesegnet.

Noch gelten die neuen Zollsätze nicht. Wann ist es so weit?
Es war Shutdown und dann noch Thanksgiving, das verzögerte die Arbeiten in den USA. Aber unser Verständnis ist, dass die neuen Zollsätze in der ersten Dezemberhälfte umgesetzt werden.

Bisher gibt es nur eine Absichtserklärung. Reicht das nicht? Wieso braucht die Schweiz ein bindendes Abkommen, das uns kaum Vorteile bringt?
Die Schweiz könnte mit der Absichtserklärung leben. Aber der amerikanische Handelsbeauftragte hat mit anderen Ländern die Erfahrung gemacht, dass Zugeständnisse in Absichtserklärungen nicht umgesetzt werden. Deshalb will er diese nun in einem rechtlich verbindlichen Abkommen festhalten. Nach Abschluss der Verhandlungen wird das Parlament darüber entscheiden. Auch ein Referendum wird möglich sein, womit das Volk das letzte Wort hätte.

Könnten wir in diesen Verhandlungen gleich ein eigentliches Freihandelsabkommen mit den USA anstreben?
Kaum. Ein Freihandelsabkommen müsste in den Kongress, das wäre etwas für eine nächste Phase, aber da spüren wir wenig Interesse. Die Amerikaner wollen die Verhandlungen noch dieses Jahr beginnen und möglichst rasch abschliessen. Wie schnell es geht, hängt davon ab, wie viele Themen sie aufbringen. Das kann schon etwas dauern.

Wo gibt es Stolpersteine?
Die meisten Zölle haben wir schon abgeschafft. Nun haben wir zugesagt, im Landwirtschaftsbereich dort Konzessionen zu machen, wo es unsere Bauern nicht trifft. Damit sind neu 99,6 statt 99,3 Prozent aller US-Exporte in die Schweiz zollbefreit. Aber die Amerikaner stören sich auch an den nichttarifären Handelshemmnissen. Sie haben das Gefühl, dass unsere Vorschriften und Regulierungen ihren Handel hemmen. Da haben wir aber nichts bindend versprochen. Es geht um den Import von Fahrzeugen, Nahrungsmitteln und Medtech-Produkten.

Also wird es Änderungen bei der Fahrzeugzulassung oder den Lebensmittelvorschriften geben, damit etwa Cybertrucks und Chlorhühner importiert werden können?
Das werden wir diskutieren müssen. Das Chlorhuhn ist zurzeit gesetzlich verboten. Ob die Schweizer das ändern wollen, werden wir sehen ...

... es entstand der Eindruck, der Bundesrat habe das zugesagt.
Überhaupt nicht. Wir haben uns nur bereit erklärt, über diese Themen zu sprechen. Beim Chlorhuhn sind die Hürden hoch. Zu den Medtech-Produkten hingegen hat das Parlament bereits Vorstösse für eine erleichterte Anerkennung überwiesen. Da sehe ich Spielraum. Das gilt auch für die Investitionskontrolle, welche die USA fordern und die – entgegen dem Wunsch des Bundesrats – auch bei uns im Parlament mehrheitsfähig ist.

Wenn die Schweiz sich nun zum Beispiel weigert, Chlorhühner zuzulassen, besteht dann nicht die Gefahr, dass Trump wieder 39-Prozent-Zölle einführt?
Doch. Aber dieses Risiko betrifft alle Länder. Das ist die neue Realität, ob es uns gefällt oder nicht. Donald Trump ist fest entschlossen, kraft der Grösse der USA den Welthandel neu zu ordnen.

Die Schweiz hat Investitionen und einen Ausgleich des Handelsbilanzdefizits der USA versprochen. Planen Sie da ein Monitoring mit Zielvorgaben?
Nein. Das ist keine Zusage des Bundes, sondern des Privatsektors.

Laut der Absichtserklärung will die Schweiz bei Sanktionen und Exportkontrollen enger mit den USA zusammenarbeiten. Was genau ist geplant?
Dass wir mehr miteinander reden und uns noch enger abstimmen. Mehr nicht. Wir werden weiterhin autonom entscheiden, für welche Güter und Länder wir Exportkontrollen durchführen. Bei den Sanktionen gilt dasselbe: Die Schweiz wird weiterhin keine Sanktionen der USA übernehmen, aber die Zusammenarbeit vertiefen. Schon heute arbeiten wir sehr eng zusammen. Seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine haben wir den Austausch stark intensiviert. Um zu erfahren, wenn in der Schweiz Sanktionen verletzt werden, sind wir oft auf Nachrichten aus den USA und anderen Ländern angewiesen, die mehr wissen als wir.

Innenpolitisch wird der US-Deal stark mit der Debatte über die neuen Abkommen mit der EU verknüpft. Diese seien nun erst recht wichtig, finden die einen. Die anderen sagen das Gegenteil. Wie sehen Sie das?
Ich finde diese Diskussion seltsam. Die Schweiz funktioniert als Wirtschaftsstandort genau so lange, wie sie mit allen wichtigen Volkswirtschaften der Welt zuverlässige Wirtschafts-, Handels- und Investitionsbeziehungen hat. Die EU ist für uns mit 50 Prozent der Exporte der wichtigste Markt, dahinter folgen die USA mit 19 und China mit 6 Prozent. Auf keinen dieser Märkte können wir verzichten, wir brauchen gute Beziehungen mit allen.

«In Washington wurden wir immer anständig behandelt, ich habe keine unfreundliche Sitzung erlebt. Auch in den US-Behörden arbeiten Profis.»

Der Widerstand gegen die EU-Verträge kommt auch aus der Wirtschaft. Gewerbler und namhafte Unternehmer sind dagegen, allen voran auch Fredy Gantner, der für die Schweiz bei Trump war. Die Verträge seien wirtschaftlich unnötig, sagen die Gegner.
Da bin ich ganz anderer Meinung – und das zeigt doch auch, dass das Seco und die Unternehmer unabhängig agieren. Was ich mit einem freundschaftlichen Gruss an Fredy Gantner in aller Klarheit festhalten will: Unsere Analyse ist eindeutig. Wenn die Schweiz weiterhin ein attraktiver Standort für internationale Unternehmen sein will, braucht sie gerade auch mit der EU – unserem Heimmarkt – geregelte Beziehungen. Diese gewinnen wir dank den neuen Marktzugangsverträgen.

Warum genügt es nicht, wenn wir mit der EU bloss ein Freihandelsabkommen haben?
Der Bundesrat hat diese Frage klar beantwortet: Im Szenario Freihandel würde die Schweiz ihr Verhältnis zur EU auf ein tieferes Niveau der wirtschaftlichen Verflechtung zurückfahren. Es ist im Interesse der Schweiz, in ausgewählten Bereichen Teil des EU-Binnenmarkts zu sein. Auch das Vereinigte Königreich kam seit dem EU-Austritt zu dem Schluss, dass ein Freihandelsabkommen für dessen wirtschaftliche Bedürfnisse nicht ausreicht. Das gilt auch für unseren Arbeitsmarkt: Angesichts der Alterung der Gesell-

schaft brauchen wir weiterhin eine Zuwanderung, die auf die Bedürfnisse der Wirtschaft abgestimmt ist. Genau dies ermöglicht die Personenfreizügigkeit.

Glauben Sie denn, die EU würde diese kündigen, wenn wir die neuen Verträge ablehnen?
Das wissen wir nicht. Niemand sagt, die Schweiz werde ohne die Verträge untergehen. Aber es würde uns gleich ergehen wie am 1. August mit Trumps 39-Prozent-Zöllen: Wir stünden massiv unter Druck und müssten irgendeinen Weg suchen, von dem heute niemand sagen kann, wie er aussähe. Aus Sicht des Bundesrats ist es besser, mit der EU bald wieder klare Verhältnisse zu haben. Natürlich hat das, wie alles im Leben, seinen Preis. Bei einer allfälligen Volksabstimmung wird am Ende das Volk die Abwägung vornehmen und entscheiden, ob der Nutzen die Kosten übersteigt. Ich kann nur für die Exportwirtschaft und den Arbeitsmarkt sprechen: Hier überwiegen eindeutig die Vorteile. Gerade angesichts der hohen Volatilität auf der Welt sollten wir diese Chance packen. Wir wissen nicht, ob sie noch einmal käme.

Die Gegner der Verträge warnen vor massiver Überregulierung, wenn wir EU-Recht übernehmen müssen.
Die Sorge wegen der Überregulierung teile ich – aber nicht wegen der EU. Die Rechtsübernahme mit ihr wäre auf vier bestehende und zwei neue Binnenmarktabkommen begrenzt. Es ist klar definiert, in welchem Gebiet wir welche Rechtsakte übernehmen müssten. Es sind nicht so viele, wie oft behauptet wird. Das EU-Lieferketten-gesetz oder die Entwaldungsverordnung etwa müssten wir wegen der Verträge nicht übernehmen. Aber es gibt bei uns innenpolitisch starke Tendenzen, solche Regeln mit Swiss Finish freiwillig einzuführen. Die Balance zwischen Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf der einen Seite und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen ist gefährdet.

Wollen Sie sagen, die Schweizer Politik schränke die Wirtschaft zu stark ein?
Ich sage nur, dass das kein Problem der EU-Verträge ist, sondern eine Frage, die wir innenpolitisch klären müssen. Auch mit den neuen Verträgen hätten wir es zum grössten Teil selbst in der Hand, wie wir uns aufstellen.

Ist zu befürchten, dass es Widersprüche zwischen den neuen EU-Verträgen und dem US-Deal gibt? Würde sich etwa die Zulassung von Chlorhühnern mit dem geplanten Lebensmittelabkommen mit der EU vertragen?
Wir werden versuchen, solche Konflikte zu verhindern. Aber machen wir uns nichts vor: An solche Situationen muss sich die Schweiz gewöhnen. Die Welt-handelsorganisation ist blockiert, es gibt keine multilateralen Regeln mehr, an die sich alle halten. Solange das so ist, müssen sich die Kleinen irgendwie durchschlagen und zwischen den Grossen balancieren, so gut es geht.

Wie unterscheiden sich die EU und die USA im Verhandlungsstil?
Es gibt gewisse kulturelle Unterschiede, aber grundsätzlich funktionieren beide recht ähnlich: Sie verhandeln knallhart und wollen das Beste für ihre Seite herausholen. Im Fall der EU war der Anfang schwierig, weil der Prozess nach der langen Vorgeschichte und dem Verhandlungsabbruch beim Rahmenabkommen vorbelastet war. Bei den USA gab es keine solche Vorgeschichte, aber der Druck war mit den hohen Zöllen zu Beginn extrem gross. Doch auch in Washington wurden wir immer anständig behandelt, ich habe keine einzige unfreundliche Sitzung erlebt. Auch in den US-Behörden arbeiten Profis.

Frau für alle Fälle

pfi./fab. · Angefangen hat sie 1985 als Sekretärin im Aussendepartement, heute ist sie Staatssekretärin: Helene Budliger Artieda leitet seit August 2022 das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Ein grosser Erfolg gelang ihr 2024 mit dem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Indien.

Was der Preiskampf im Schweizer Detailhandel auslöst

Gemüse und Brot sind deutlich günstiger Konsumenten profitieren von den Tiefpreisen für Lebensmittel. Der Bauernverband kritisiert die Entwicklung – dabei verdienen die Bauern heute mehr als früher.

Armin Müller

Rindssaftplätzli aus der Schweiz für 23.50 pro Kilo, Entrecote für 34.90 Franken, das Pfänderli Ruchbrot für 1 Franken – seit gut einem Jahr überbieten sich die Detailhändler mit Tiefpreisversprechen.

Den Startschuss gibt Aldi Suisse im September 2024: Der Discounter senkt die Preise beim Frischfleisch um bis zu 36 Prozent. Danach folgt Schlag auf Schlag:

— Ende Oktober 2024 kündigt die Migros an, rund 1000 Produkte des täglichen Bedarfs dauerhaft auf Discounter-Niveau zu senken.

— Am 5. April eröffnet der holländische Discounter Action in Bachenbülach ZH seine erste Filiale in der Schweiz. Das Werbeversprechen: extrem tiefe Preise.

— Im Juni meldet Coop, im laufenden Jahr «bereits bei über 1000 Supermarkt-Produkten die Preise gesenkt» zu haben.

— Am 13. Oktober senkt Aldi den Preis für das Pfänderli Halbweiss- oder Ruchbrot auf 99 Rappen. Die Konkurrenz zieht sofort nach.

— Am 11. November zündet Aldi die nächste Stufe: Ausgewählte Fleischstücke werden nochmals um 15 bis 30 Prozent verbilligt.

Bauernverband kritisiert Aldi

Was Konsumentinnen freuen soll, kommt auf den Bauernhöfen und in den Backstuben nicht gut an. «Ein Pfänderli für 99 Rappen ist eine Schande», schimpfte Thomas Helbling, Präsident des Dachverbands Schweizer Mühlen, vor zwei Wochen in Bern am Müllertag. Bäckereien werben mit Plakaten «Besser als 99 Rappen».

An der Delegiertenversammlung des Schweizer Bauernverbands am vergangenen Mittwoch in Bern kritisierte Präsident Markus Ritter die «Tiefstpreise» scharf. «Schluss mit dem Preisdumping bei Lebensmitteln», fordert der Verband und spricht von einer «verantwortungslosen Preisspirale gegen unten».

In der Regel appelliert der Bauernverband an alle grossen Detailhändler, ohne direkte Schuldzuweisung an einen einzelnen. Doch diesmal stellt er explizit Aldi an den Pranger: Die «Hauptverantwortung» liege bei ihm, Lidl, Migros, Denner und Coop würden nachziehen.

«Wir haben grundsätzlich kein Problem mit Discountern. Aber was jetzt passiert, ist neu», sagt Direktor Martin Rufer. «Aldi hat völlig überzogen.» Der Discounter senke den Preis beispielsweise über das ganze Sortiment bei Fleisch, das schaffe Druck auf die Produzenten.

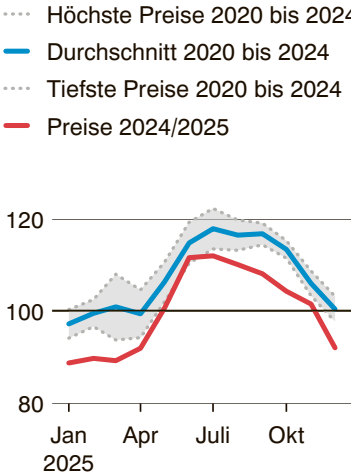
Dass die Auseinandersetzung eine neue Eskalationsstufe erreicht hat, zeigt die Reaktion der Konkurrenz. In einer Medienmitteilung gibt Lidl dem Bauernverband recht und schiebt die Verantwortung Aldi zu: «Um die einheimische Produktion nicht zu destabilisieren, stösst Lidl Schweiz keine Preiskämpfe in



Eine Winterthurer Bäckerei reagiert auf die Tiefpreisoffensive des Discounters Aldi. Foto: PD

Preiskampf hat Gemüsepreise gesenkt

Konsumentenpreise für Frischgemüse, indexiert (Dezember 2020 = 100)



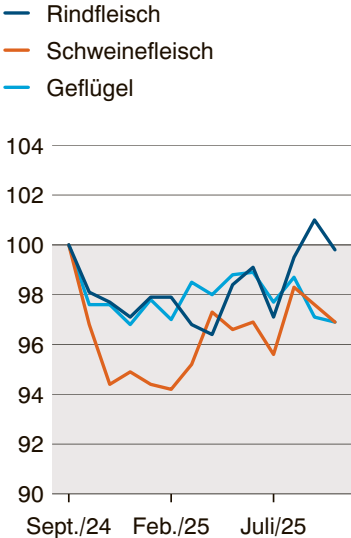
Grafik: arm / Quelle: LIK BFS

Segmenten wie Fleisch oder Brot an, da dies langfristig negative Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsprozesse haben könnte. Wir differenzieren uns hier klar von Mitbewerbern, die den Druck auf die Landwirtschaft unnötig erhöhen.» Unter Detailhändlern ist öffentliche Kritik tabu. Umso erstaunlicher ist dieser Schulterchluss.

Aldi-Chef Jérôme Meyer weist den Vorwurf zurück. Es sei die

Schweinefleisch und Geflügel sind billiger geworden

Konsumentenpreise indexiert (September 2024 = 100)



Grafik: arm / Quelle: LIK BFS

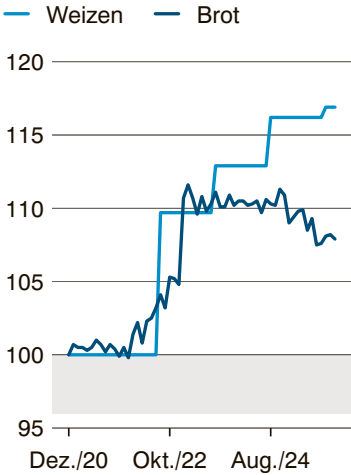
Aufgabe eines Discounters, für tiefe Preise zu sorgen. «Aldi Suisse drückt die Preise bei den Bauern nicht, das kann ich garantieren. Wir bezahlen die gleichen Preise wie vor den Senkungen», sagt er.

Auch Migros verschärft Einkaufspolitik

Dass man es sich mit der Schuldzuweisung an Aldi wohl etwas zu leicht macht, zeigen die Vorkommnisse mit anderen Händ-

Der Brotpreis sinkt trotz steigendem Weizenpreis

Konsumentenpreis für Brot und Produzentenpreis für Weizen*, indexiert (Dezember 2020 = 100)



* Qualität Top und Klasse 1

Grafik: arm / Quelle: BFS

lern, die Druck machen. Im Frühsommer wollte Coop die Gemüseproduzenten mit einem neuen Rückvergütungssystem zur Zahlung eines «Bonus» von bis zu drei Prozent des Jahresumsatzes verpflichten. Der Verein «Faire Märkte Schweiz», der sich für Fairness gegenüber den Lieferanten einsetzt, reichte dagegen Klage bei der Wettbewerbskommission ein. Ende Juli zog Coop sein Ansinnen zurück.

Auch die Migros verschärft die Einkaufspolitik. Sie hat Florian Decker als Leiter Gruppenbeschaffung von der deutschen Supermarktkette Edeka abgeworben. Der Preiskampf in Deutschland gilt als besonders hart. Statt wie bisher separat kaufen Migros und deren Töchter Denner und Migrolino gemeinsam ein, um bessere Konditionen zu realisieren. Die NZZ berichtete kürzlich von «trumpschen Methoden» in Verhandlungen mit Markenartiklern.

Wie sich in den Konsumentenpreisen zeigt, wirkt der Preiskampf: Das Preisniveau für Frischgemüse war in den letzten zwölf Monaten so tief wie seit 2020 nicht mehr. Seit Start der Fleischoffensive von Aldi und der Tiefpreispolitik von Migros im Herbst 2024 sinken auch die Konsumentenpreise für Schweinefleisch und Geflügel.

Und selbst beim Brot, das ab Mitte 2022 parallel zu den höheren Weizenpreisen teurer wurde, setzte ab Herbst 2024 die Trendwende ein.

«Landwirtschaft erlebt ein sehr gutes Jahr»

Bislang scheint der Preiskampf nicht auf Kosten der Produzenten zu gehen – nicht nur beim Brot. 2024 stieg der Produzentenpreisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum neunten Mal in Folge, wie der Agrarbericht des Bundesamts für Landwirtschaft zeigt.

Und im laufenden Jahr sieht es noch besser aus. «Die Landwirtschaft erlebt ein sehr gutes Jahr», meldet das Bundesamt für Statistik. Gemäss einer ersten Schätzung dürfte sie 2025 eine Bruttowertschöpfung von 5 Milliarden Franken erzielen – fast 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Betriebsgewinn «steigt demnach um gut 16 Prozent und liegt deutlich über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre».

Auch Stefan Flückiger, Präsident von «Faire Märkte Schweiz», sieht noch kaum Auswirkungen des Preiskampfs bei den Produzentenpreisen. Gleichzeitig häufen sich bei dessen Meldestelle Hinweise auf steigenden Druck durch Detailhändler, besonders im Gemüsebau. «Wir haben drei bis vier Fälle auf dem Tisch, mit denen wir eine Eingabe bei der Weko prüfen», sagt Flückiger.

Er kritisiert die starke Marktkonzentration in der Schweiz: «Hier dominieren zwei Grossverteiler, inklusive ihrer eigenen bedeutenden Industriebetriebe, rund 80 Prozent des Lebensmittelmarktes. Die Folge: Vom Endverkaufspreis kommt tendenziell weniger bei den Produzenten an, kleine Verarbeiter geraten unter erhöhten Druck.»

Für die Konsumenten ist der neue Preiskampf attraktiv. Gemüse, Fleisch und Brote sind günstiger geworden, das Haushaltsbudget wird punktuell entlastet. Allerdings bleibt die Wirkung beschränkt: Ein durchschnittlicher Schweizer Haushalt gibt nur noch 5,6 Prozent seines Bruttoeinkommens für Nahrungsmittel aus.

France voisine: ce qui a changé ce 1^{er} décembre

Nouveautés Les Suisses et les frontaliers habitant en France sont aussi concernés.

Ce lundi 1^{er} décembre, plusieurs nouveautés sont entrées en vigueur en France dans les domaines de la santé, de la fiscalité ou encore de la consommation. Voici l'essentiel à retenir.

— **La prime de Noël**

Cette aide exceptionnelle de fin d'année sera automatiquement versée à partir du 16 décembre 2025 à certains bénéficiaires de minima sociaux (revenu de solidarité active, allocation de solidarité spécifique, allocation équivalent retraite).

Le montant de la prime varie en fonction de l'allocation perçue et de la composition du foyer. Plus de 2 millions de familles aux revenus modestes devraient en bénéficier.

— **Les fauteuils roulants remboursés à 100%**

Jusqu'à présent, la prise en charge du coût d'un fauteuil roulant par l'assurance maladie était souvent partielle. Elle est désormais totale. Cela concerne également les modèles spécifiques de fauteuils, notamment ceux destinés à la pratique sportive.

Pour bénéficier du remboursement intégral, le matériel doit être prescrit par un médecin ou un ergothérapeute.

— **Taxe d'habitation**

La taxe d'habitation sur les résidences secondaires doit être payée avant le 15 décembre, en cas de règlement par voie classique, ou avant le 20 décembre minuit, pour les paiements en ligne. Le prélèvement à l'échéance interviendra au plus tard le 29 décembre. Il en va de même pour la taxe sur les logements vacants (TLV) et la taxe d'habitation sur les logements vacants (THLV).

— **Garde d'enfants: extension du CMG**

Le 1^{er} décembre, le Complément de libre choix du mode de garde (CMG) a évolué. En cas de séparation et de garde alternée, les deux parents pourront désormais tou-

cher l'allocation. Le parent qui la percevait déjà n'a aucune démarche à faire, tandis que l'autre parent doit déposer une demande auprès de la Caisse d'allocations familiales (Caf).

Cette allocation aide à payer une partie de la garde de leur enfant. En septembre, le complément a été étendu aux enfants jusqu'à 12 ans (contre 6 ans jusqu'alors). Aujourd'hui, quelque 700'000 familles touchent le CMG.

— **Assurance vie: devoir de conseil étendu**

Conformément à la loi industrie verte, promulguée en octobre 2023, les assureurs devront désormais renforcer leur devoir de conseil, à savoir guider au mieux le consommateur sur un produit qu'il méconnaît. Ce devoir s'appliquera dès le 31 décembre et courra pendant toute la durée de vie du contrat. Actuellement, ces conseils ne s'appliquent qu'à la signature du contrat.

— **Gaz: baisse du prix repère**

En décembre 2025, le prix repère du gaz publié par la Commission de régulation de l'énergie (CRE) connaît une légère baisse de 0,6% par rapport à novembre.

Pour un usage cuisson/eau chaude, le kilowattheure passe ainsi d'environ 0,135 euro/kWh en novembre à 0,134 euro/kWh en décembre, tandis que le tarif pour le chauffage reste proche de 0,102 euro/kWh. Les frais d'abonnement restent inchangés.

— **Ouverture de Parcoursup**

La plateforme de préinscription en première année de l'enseignement supérieur ouvre le 17 décembre. Les futurs étudiants pourront consulter la carte des formations disponibles en 2026, avant l'ouverture des inscriptions en janvier. Cette année, Parcoursup propose une nouveauté: des informations sur le profil des candidats admis les années précédentes dans chaque formation.

Aymeric Dejardin-Verkinder



L'assurance maladie prend désormais en charge 100% du coût des fauteuils roulants. Getty Images

L'Espagne, meilleure élève de la zone euro

EUROPE Avec une croissance attendue entre 2,7 et 2,9%, l'économie ibérique déjoue tous les pronostics, portée principalement par le tourisme, une immigration qualifiée et une énergie bon marché. Restent quelques faiblesses persistantes

FRANÇOIS MUSSEAU, MADRID

«Dans un contexte d'atonie des économies européennes, l'Espagne représente 40% de la croissance de la zone euro», s'exclamait récemment Pedro Sanchez face à un parterre de militants socialistes, à Malaga, dans le sud du pays. Comme pour faire écho à ce récit triomphaliste, son ministre de l'Economie, Carlos Cuerdo, révisait les «indices macro» de l'exécutif de gauche en situant la croissance à 2,7% pour cette année.

Les organismes internationaux lui ont donné raison, l'OCDE ayant poussé la prévision à 2,9%, tout en augurant une légère décélération en 2026, avec un 2,2% de croissance du PIB. Quoi qu'il en soit, les chiffres de la quatrième puissance de l'UE ont de quoi faire pâlir d'envie des partenaires qui luttent péniblement pour ne pas tomber dans le rouge, quand ce n'est pas déjà le cas.

La santé économique de ce pays du sud, qui par le passé avait brillé par des taux de chômage affolants dépassant les 20% et par une très faible productivité, marque les esprits: à quoi faut-il attribuer cette

insolente santé qui, à la surprise de beaucoup, perdure? Acculé par les affaires de justice et les scandales de corruption, le chef du gouvernement Pedro Sanchez ne se prive pas d'en faire son principal argument face aux détracteurs. D'autant que d'autres indicateurs sont favorables, dont le plus palpable pour la population: la création d'emplois record. Jamais les caisses de la sécurité sociale n'ont été aussi bien pourvues, et jamais le marché de l'emploi n'a été aussi dynamique. Quant au taux de chômage, à 10,1%, il pourrait selon la Banque d'Espagne tomber à un seul chiffre d'ici à deux ans.

Jamais le marché de l'emploi n'a été aussi dynamique

L'Espagne a profondément changé. Certes, le pays continue de s'appuyer sur un secteur des services puissant, en particulier celui du tourisme, qui a pesé 15,6% du PIB l'an dernier. Mais, désormais, comme l'indique El Economista, le secteur qui croît avec le plus de force, c'est l'exportation de services non liés au tourisme comme l'ingénierie, l'informatique, les finances ou l'architecture. En 1995, ces secteurs ne représentaient que 2,5% du PIB national, contre 7,5% aujourd'hui. «Trois facteurs l'ex-

pliquent, affirme ce média, la numérisation, la forte compétitivité des entreprises espagnoles dans des secteurs à haute valeur ajoutée, et enfin la mutation vers la tertiarisation de l'économie.» On est loin du décollage économique espagnol des années 2000, qui reposait essentiellement sur le boom du BTP alimenté par des emplois très peu stables. Or, même si cela demeure une faiblesse nationale, la législation sur le travail approuvée en décembre 2021 par la ministre Yolanda Diaz a réduit la précarité des nouveaux salariés.

Tout n'est pas au beau fixe

Il faut dire que le pays récolte les fruits de plusieurs avantages cumulés. Le premier a trait à de puissants flux migratoires vers la péninsule: en 2024, relève la Banque d'Espagne, plus de 75% des nouveaux emplois étaient le fait de la population étrangère. Ensuite, l'industrie manufacturière vit une conjoncture plutôt favorable car elle souffre moins du coût de l'électricité, en grande partie grâce à la force de ses énergies renouvelables: en 2018, le pays payait 31,5% de plus pour son électricité que l'industrie européenne, elle en paie désormais 20,9% de moins. Enfin, l'Espagne est moins exposée que d'autres aux Etats-Unis ou à la Chine, donc à ses droits de douane.

Cela ne veut bien sûr pas dire que tout est au beau fixe, tant s'en faut. On assiste à la banqueroute de plu-

sieurs fabricants de textile, comme Belda Llorens ou Ternua, qui n'ont pas résisté à la concurrence de plateformes comme Temu ou Schein, à la hausse des prix ou au marché de l'occasion. D'autre part, la dette publique a certes chuté de 124 à 103% du PIB en cinq ans. «Mais cela reste un gros facteur à risque, souligne l'économiste de l'Université de Séville Diego Martinez Lopez. Pour l'heure, la croissance économique nous aide, et nous protège du *default*. Mais il faut se méfier.» Ensuite, «la gravité du marché immobilier, dont les prix sont supérieurs à la période précédant la terrible crise de 2008, pourrait avoir des effets négatifs sur le pouvoir d'achat, la consommation et la poursuite d'une immigration qui est notre principal moteur», analyse Judith Arnal, économiste au Real Instituto Elcano.

Aux yeux d'Adrian Prettejohn, de Capital Economics, «il est vrai que beaucoup de migrants sont qualifiés, notamment des programmeurs informatiques, des médecins ou des ingénieurs». Pour autant, soulignent nombre d'économistes, la prétendue embellie espagnole masque des déficits structurels non résolus. En particulier dans le domaine fiscal et celui des retraites où, observe l'un d'entre eux, Juan Bravo, proche du principal parti d'opposition conservateur, le Parti populaire, «rien n'est fait pour s'attaquer sérieusement au vieillissement rapide de la population». ■

Dunkle Wolken über dem Jobmarkt

Die Beschäftigungslage verschlechtert sich, wie neue Daten zeigen. Einige Kantone sind besonders betroffen.



Er hat immerhin einen Job: Der Schweizer Jobmarkt ist härter als vor wenigen Jahren.

Bild: Teresa Colucci/Getty

Stefan Ehrbar

Gerade einmal 0,1 Prozent mehr Stellen als ein Jahr zuvor zählte die Schweiz im dritten Quartal. Umgerechnet auf Vollzeitstellen nahm das Beschäftigungsvolumen gar um 0,1 Prozent ab, wie das Bundesamt für Statistik kürzlich mitteilte. Das wird zum Problem für Stellensuchende. Die Bevölkerung wächst nämlich noch immer deutlich schneller, womit die Konkurrenz zunimmt.

So viele arbeiten in den Regionen

Der Bund liefert Beschäftigtenzahlen für Grossregionen, die mehrere Kantone umfassen. Die Kantone Zürich und Tessin bilden eine eigene Grossregion. Am aussagekräftigsten für einen Vergleich der Beschäftigungssituation ist die Zahl der Vollzeit-äquivalente, also alle Jobs umgerechnet auf die Anzahl Vollzeitstellen.

Bei den grössten Regionen gab es in den vergangenen Jahren drei Verschiebungen: Im Jahr 2019 überholte der Kanton Zürich erstmals die Region Espace Mittelland mit den Kantonen Bern, Freiburg, Jura, Neuenburg und Solothurn. Gut ein Jahr später gelang das auch der Genferseeregion mit den Kantonen Genf, Waadt und Wallis.

Im zweiten Quartal dieses Jahres kam es zu einer erneuten Premiere: Erstmals zählt die Genferseeregion mehr Vollzeit-äquivalente als der Kanton Zürich. Im Kanton Zürich hinterlässt das Aus der Credit Suisse und der Abbau bei anderen Finanzfirmen Spuren.

Besonders hart traf dies die Stadt Zürich, wo etwa jeder zehnte Beschäftigte der Schweiz arbeitet. Die Stadt zählte im dritten Quartal dieses Jahres noch 409'100 Vollzeitstellen –

12'300 weniger als auf dem bisherigen Allzeitrekord im ersten Quartal 2024. Immerhin stieg diese Zahl nun zum ersten Mal seit sechs Quartalen wieder. Im ganzen Kanton Zürich war der Einbruch in der gleichen Periode deutlich weniger dramatisch.

In diesen Regionen droht der Abbau

Es ist denn auch nicht der Kanton Zürich, in dem die Firmen besonders pessimistisch sind. Das zeigt eine Umfrage des Bundesamts, in der die Zuständigen der Firmen gefragt werden, mit welcher Entwicklung des Personalbestands sie rechnen. Diese Zahlen werden nach Anzahl der Beschäftigten gewichtet.

In Zürich rechnen Betriebe, die 3,5 Prozent der Beschäftigten repräsentieren, mit einer Reduktion des Personalbestands in nächster Zeit, der tiefste Wert aller Grossregionen.

Im Kanton Tessin liegt dieser Wert bei 4,7 Prozent, in der Zentralschweiz bei 4,9 Prozent. In der Grossregion Espace Mit-

telland ist er auf 5,3 Prozent gestiegen, in der Genferseeregion auf 5,4 Prozent. Am düstersten sieht es in der Nordwestschweiz (Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt) sowie in der Ostschweiz (beide Appenzel, Glarus, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen und Thurgau) aus: Hier ist dieser Wert auf 7,0 respektive 7,3 Prozent geklettert. In der Ostschweiz war er seit 2019 in keinem dritten Quartal höher. Neue Entwicklungen wie der von Novartis angekündigte Abbau von 550 Stellen in Stein AG oder die Streichung von 75 Stellen beim Industriekonzern SFS in Flawil SG bestätigen diese Zahlen.

In diesen Regionen werden Stellen geschaffen

Das Bild, das die Abbau-Zahlen vermitteln, ist aber zu pessimistisch. In allen Regionen ist der sogenannte Beschäftigungsindikator immer noch im positiven Bereich, wenn auch nur noch knapp. In der ganzen Schweiz liegt er bei 1,02 – der tiefste Wert

seit fünf Jahren. Bei 1 würde die Beschäftigung stabil bleiben, darunter würde eine Abnahme resultieren. Der positive Wert liegt daran, dass ein Grossteil der Firmen mit einem stabilen Personalbestand rechnet – und leicht mehr Firmen einen Ausbau planen als eine Streichung von Stellen. Die Abkühlung zeigt sich aber auch hier: In allen Regionen ist die Zahl der Firmen, die eine zunehmende Beschäftigung erwarten, im dritten Quartal auf den tiefsten Stand seit mindestens drei Jahren gefallen. In der Zentralschweiz war er gar seit mindestens 2019 nie mehr so tief.

Sind die Zahlen zu pessimistisch?

Die Befragung geschah, bevor die Schweiz vor einem Zoll-Deal mit den USA stand. Nun ist absehbar, dass die Schweiz für Exporte in die USA mit einem Zollsatz von 15 statt bisher 39 Prozent rechnen kann, was bei vielen betroffenen Firmen für Erleichterung sorgt. Deren Manager würden die Frage nach dem geplanten Personalbestand heute möglicherweise optimistischer beantworten.

Allerdings ist der Zoll-Deal weiterhin nicht umgesetzt, und die ökonomischen Unwägbarkeiten bleiben hoch. Für grosse Teile der Schweizer Wirtschaft ist sowieso wichtiger, wie es der deutschen Wirtschaft geht, die schon seit Jahren stagniert. Ob die Milliarden-Investitionen der neuen Regierung positive Impulse setzen, ist offen.

Welche Regionen sind in langer Frist erfolgreich?

Ungeachtet der aktuellen wirtschaftlichen Situation gibt es in den vergangenen 30 Jahren einen klaren Gewinner: Nirgendwo wuchs die Zahl der Stellen, gemessen an Vollzeitäqui-

valenten, so stark wie in der Genferseeregion. Dort legte sie um 52,6 Prozent zu. An zweiter Stelle folgt die Zentralschweiz mit einem Plus von 48,3 Prozent, an dritter Stelle der Kanton Zürich mit einem Plus von 39,9 Prozent.

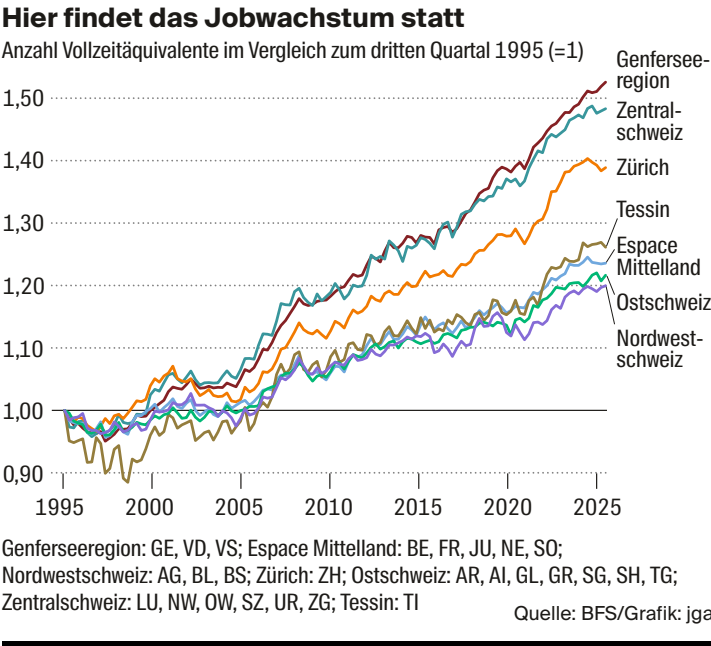
Weniger stark war das Stellenwachstum im Tessin (+26,1 Prozent), in der Region Espace Mittelland (+23,6 Prozent) sowie in der Ostschweiz (+21,6 Prozent). Am schwächsten wuchs die Zahl der Beschäftigten in der Nordwestschweiz, wo ein Plus von 20,0 Prozent in den Büchern steht.

Wie sieht es mit dem Anteil am BIP aus?

Die Zahl der Beschäftigten ist nicht gleichzusetzen mit der Grösse der Wirtschaft. Dafür massgebend ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Diesbezüglich ist der Kanton Zürich mit 164 Milliarden Franken im Jahr 2022 immer noch führend, vor der Region Espace Mittelland (156 Milliarden Franken) und der Genferseeregion (148 Milliarden Franken).

Die Verteilung des BIP über die Kantone ist einigermaßen stabil. Zwischen 2008 und 2022 – aktuellere Daten stehen nicht zur Verfügung – zeigen sich aber dennoch Verschiebungen.

Ihren Anteil am BIP am stärksten steigern konnten die Kantone Zug (+0,56 Prozentpunkte), Waadt (+0,51 Prozentpunkte) und Luzern (+0,28 Prozentpunkte). Auf der anderen Seiten verloren die Kantone Zürich (-1,3 Prozentpunkte), Bern (-0,62 Prozentpunkte) und Aargau (-0,43 Prozentpunkte) am stärksten. Dieser Vergleich ist allerdings mit Vorsicht zu geniessen, da die Zahlen des Jahres 2022 stark von der Coronakrise geprägt sind, die die Kantone unterschiedlich stark traf.



Un monitoring décortique la pauvreté en Suisse, dont le taux stagne à 8%

SOCIAL Pour la première fois, la Confédération se dote d'un «monitoring national de la pauvreté»

FANNY SCUDERI, BERNE

Les associations le réclamaient depuis longtemps. Un premier «monitoring national de la pauvreté» a été présenté hier par l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS).

Ce rapport est issu d'une motion de la Commission de la formation du Conseil des Etats. Elle défendait la nécessité de «se fonder sur des données factuelles, et pas uniquement sur des analyses ponctuelles» pour lutter contre la pauvreté.

Une personne est considérée comme pauvre lorsque le revenu de son ménage, y compris les prestations sociales, est inférieur au minimum vital social. Il équivaut à environ 1000 francs pour une personne seule et ne prend pas en compte les frais pour le logement. En 2023, 708 000 personnes se trouvaient sous le seuil de pauvreté, dont 102 000 enfants et 244 000 seniors, âgés de 65 ans et plus, relève l'OFAS.

Le gouvernement n'atteint pas son objectif

Le Conseil fédéral s'est engagé à réduire la pauvreté dans le pays dans son plan de législature. «Mais cet objectif n'est pas atteint», a indiqué Doris Bianchi, directrice de l'office. Le taux de pauvreté en termes de revenu reste stable à environ 8% depuis 2017. Il ne tient pas compte des réserves financières. Cette



«Le taux de pauvreté n'a pas diminué alors même que le Conseil fédéral en a fait sa priorité»

ESTELLE REVAZ,
CONSEILLÈRE NATIONALE (PS/GE)

diminution peine à venir «malgré un marché du travail solide et un système d'assurances sociales équilibré», relève Doris Bianchi.

Le gouvernement est chargé d'élaborer une stratégie de lutte contre la pauvreté d'ici à 2027. Avec l'espoir de peut-être briser un cycle délétère: le monitoring pointe que la moitié des personnes qui sortent de la pauvreté y sont à nouveau confrontées dans les cinq années suivantes.

L'étude décrit les groupes les plus à risque, met en lumière les «points de rupture» et le rôle joué par les assurances sociales. «Sans les pres-

tations dépendantes des besoins comme les réductions de primes, le taux de pauvreté dans la population entre 15 et 64 ans serait deux fois plus élevé», relève Astrid Wüthrich, vice-directrice de l'OFAS.

La formation continue comme outil politique

Les familles monoparentales, les personnes seules et les couples avec trois enfants ou plus sont exposés à un risque accru de pauvreté. Les personnes sans activité et les ménages au taux de travail bas sont aussi vulnérables. «Nous avons voulu comprendre pourquoi certains ménages n'exploitent qu'un faible potentiel de travail», explique Anna Koukal, cheffe de projet. Plusieurs facteurs se dessinent: les personnes pauvres déclarent deux fois plus souvent travailler à temps partiel pour des raisons de santé. Certaines font face à une situation de sous-emploi: elles aimeraient augmenter leur temps de travail mais ce souhait n'est pas réalisable sur le marché du travail actuel. «Les personnes sans formation post-obligatoire se trouvent plus souvent dans des ménages à très faible intensité de travail», relève encore Anna Koukal, ce «qui indique des problèmes de positionnement sur le marché».

Pour la conseillère aux Etats Johanna Gapany (PLR/FR), ce point est essentiel: «L'accès à la formation continue doit per-

mettre à ces personnes de travailler au taux qu'elles souhaitent et qui leur permet de répondre à leurs besoins. Les effets de la fracture numérique doivent également être étudiés.» Un élément dont pourrait se saisir la Commission de la formation dans laquelle elle siège.

Elle juge ce monitoring «positif» car il détaille «les causes actuelles de la pauvreté, ce qui permet d'envisager des actions politiques ciblées».

90% des personnes en situation de pauvreté consacrent plus de 40% de leurs revenus à leur loyer

Johanna Gapany poursuit: «Il est aussi important de constater les effets des décisions politiques sur les différentes générations, que ce soit une mesure non ciblée comme la 13e rente AVS ou l'abolition de la valeur locative. En tenant compte non seulement des revenus mais aussi de la fortune.» Elle a en tête le taux de pauvreté des retraités, qui, selon le monitoring, peut être divisé de

moitié en tenant compte de leurs réserves financières.

«Naître dans le bon berceau»

Estelle Revaz est à l'origine de la motion demandant l'élaboration d'une stratégie contre la pauvreté. Elle regrette que «le taux n'ait pas diminué alors même que le Conseil fédéral en a fait sa priorité». L'élue met en avant un chiffre du monitoring: le relèvement du minimum vital social de 500 francs par mois ferait presque doubler le taux de pauvreté. Les ménages avec enfants, en particulier, vivent plus souvent juste au-dessus du minimum vital social.

Elle partage une autre source d'inquiétude: la part du logement dans le budget des personnes pauvres. Selon l'OFAS, 90% d'entre elles consacrent plus de 40% de leurs revenus à leur loyer, contre 8% pour le reste de la population. «Il est aussi préoccupant d'observer que si l'on ne naît pas dans le bon berceau, les chances pour le futur sont moindres.» Elle fait référence au fait que les enfants issus de ménages bénéficiant de l'aide sociale sont trois fois plus nombreux à ne pas obtenir de diplôme postobligatoire, en comparaison de ceux ayant grandi dans un ménage ne bénéficiant pas de cette aide.

Le Conseil fédéral présentera ce rapport au parlement. Il servira de base de travail pour ses commissions thématiques, comme celles de la formation ou de l'économie. ■

Pourquoi certaines villes renoncent à financer l'assurance maladie de leurs salariés

Économies Cette aide au personnel se fait de plus en plus rare: Meyrin vient de décider qu'elle pourrait être abaissée en cas de déficit budgétaire, alors que Lancy compte la supprimer.

Chloé Dethurens

Presque 1 million de francs économisés. Mercredi, lors du vote du budget, la Commune de Meyrin a décidé qu'elle pourrait abaisser l'aide fournie à ses employés pour payer leur assurance maladie en cas de budget déficitaire. Cette décision suit celle de Lancy de supprimer sa participation. Le phénomène se généralise dans le canton de Genève. Si certaines mairies continuent de verser jusqu'à 220 francs par employé, une majorité n'en a pas en matière.

À Meyrin, l'initiative est venue du Conseil administratif. L'objectif: trouver un levier pour économiser de l'argent dans un contexte de budget déficitaire. Cette année, les finances sont dans le rouge, avec un excédent de charges de 8 millions de francs. En cause notamment, l'impact de la péréquation intercommunale (soit la part financière des communes reversées au Canton) et la baisse des recettes fiscales.



La décision meyrinoise émane du Conseil administratif. Laurent Guiraud

L'Exécutif a choisi de conserver l'annuité et le mécanisme du coût de la vie. En revanche, la participation financière à l'assurance maladie – qui représentait jusqu'ici le tiers de la prime LAMal – est remise en question. L'idée est de «réduire ou supprimer le montant de la participation» en cas de pré-

visions budgétaires déficitaires. La mesure permet d'économiser 980'000 francs, charges sociales comprises. En cas de boni, en revanche, une participation complémentaire pourra être versée.

Votée à l'unanimité, la décision a toutefois été débattue durant le vote du budget. Les partis

de gauche ont proposé un amendement visant à mieux répartir la participation en fonction des classes salariales, afin d'éviter de pénaliser les petits revenus. L'Exécutif devra trouver un modèle de redistribution.

Face à cette mesure, l'UDC locale a proposé – parmi une cinquantaine d'amendements, tous balayés – de revoir à la baisse le salaire de l'Exécutif. La délibération a toutefois été refusée.

Colère des employés

Cette piste d'économies n'est pas isolée: il s'agit de la deuxième commune genevoise à vouloir, cette année, limiter les dépenses liées au financement de l'assurance maladie de ses fonctionnaires. Le budget proposé par l'Exécutif de la Ville de Lancy, déficitaire de 4,37 millions, prévoit la suppression totale de cette aide.

La décision est très mal passée dans les rangs des fonctionnaires, qui ont manifesté leur colère devant la mairie il y a un peu

plus d'une semaine. Pour certains employés, parmi les plus petits revenus, la baisse de l'aide publique crée un véritable trou dans leur budget. La décision finale sera prise lors du prochain Conseil municipal.

Montants variés

Dans le canton, quelques mairies octroient encore une participation – au moins onze selon les réponses que nous avons reçues. Les montants, en revanche, varient. Cologny, par exemple, donne jusqu'à 220 francs pour un temps plein. D'autres financent un pourcentage de la prime moyenne à Genève, comme Bernex, avec 25%.

Plusieurs mairies adaptent le montant en fonction des salaires, comme au Grand-Saconnex, où les employés touchent entre 120 et 150 francs. À titre d'exemple, Chêne-Bougeries dépense 162'905 francs par année pour ce soutien. Parmi les communes qui nous ont répondu, toutes ont indiqué vouloir conserver cet avan-

tage pour leurs employés. D'autres mairies, en revanche, ne sont jamais entrées en matière: c'est le cas d'environ une quinzaine de celles qui nous ont répondu. Plusieurs petites communes employant peu de personnel, comme Jussy, Avusy, Choulex, Soral ou encore Vandœuvres, n'offrent pas cette aide à leurs fonctionnaires.

Des villes (c'est-à-dire des communes de plus de 6000 habitants) ont également fait ce choix. Celle de Plan-les-Ouates, notamment, mais aussi la Ville de Genève, avec ses 4266 employés. Dernier cas de figure, à Satigny, la participation à la prime n'est plus versée, car elle a été intégrée à la grille des salaires il y a une vingtaine d'années.

Cette année, le budget de plusieurs communes a été grevé par la baisse des recettes fiscales et la péréquation financière. Certaines ont présenté un budget déficitaire, comme Onex ou Thônex. Leurs magistrats ont vraisemblablement trouvé d'autres pistes d'économies.

FATI MANSOUR

C'est la fin d'un semblant de suspense. Il y a bien deux candidats (et pas davantage) pour l'élection au poste de procureur général du canton de Genève, qui se déroulera le 29 mars prochain. Le sortant, Olivier Jornot, qui veut rempiler pour un troisième mandat et des poussières, sous la bannière libérale-radical. Et son éternel rival, Pierre Bayenet, ancien député suppléant d'Ensemble à gauche et membre de ce même Ministère public depuis bientôt quatre ans. Ce dernier a choisi la date du 1er décembre, jour du dépôt des listes, pour rencontrer la presse autour d'un café, en présence de ses soutiens les plus convaincus, afin de lancer sa campagne sur le thème «une justice à visage humain», en proposant notamment de lever le pied sur la répression des petits délinquants en situation irrégulière.

Ces élections générales, qui ont lieu tous les six ans, se limiteront donc à ce duel pour le fauteuil de procureur général, une fonction cardinale (même si elle a perdu quelques plumes) au sein du troisième pouvoir et des institutions cantonales. Si le casting de 2014 se répète, il y a toutefois une différence de taille. Le challenger bénéficie désormais de l'onction des socialistes et des Vert-e-s. Quant à tous les autres procureurs et juges, ils peuvent souffler. La liste, concoctée par la commission interpartis, ne rencontre aucune velléité de traverser et les 171 magistrats de carrière (avec quelques demi-charges) seront ainsi intronisés tacitement par un arrêté gouvernemental.

Appel sans lendemain

Exit donc les gesticulations de certains partis, MCG et LJS en tête, qui faisaient du rabattage sous la forme d'un appel au peuple pour le poste de procureur général, tout en prônant la dépolitisation de l'élection. A noter qu'il n'y a pas besoin d'avoir une étiquette partisane pour se présenter à une charge de magistrat, même si le système favorise ce filtre. Il faut être de nationalité suisse, être titulaire du brevet d'avocat, avoir au moins trois ans de pratique, jouir d'une bonne réputation et ne pas avoir connu d'ennuis pénaux, financiers ou disciplinaires sérieux.

«Les plus politisés sont ceux qui disent qu'ils ne veulent pas l'être», remarque Cyril Aellen, conseiller national PLR et président de l'interpartis, qui réunit un représentant de chaque formation présente au Grand Conseil, plus Ensemble à gauche. Sa mission est de recruter des candidats pour les postes vacants, d'évaluer leurs qualités et de coordonner le renouvellement pour tous les autres. Une opération menée selon un savant dosage



Le procureur général Olivier Jornot (à gauche) se voit contester par un autre membre du Ministère public, Pierre Bayenet. (DAVID WAGNIÈRES POUR LE TEMPS/SALVATORE DI NOLFI/KEystone)



Duel confirmé entre Olivier Jornot et Pierre Bayenet

GENÈVE Pas de surprise de dernière minute au menu des élections générales du pouvoir judiciaire. Le peuple sera appelé à choisir entre deux candidats pour diriger le Ministère public. Les autres magistrats de carrière seront élus tacitement

mêlant compétences professionnelles et équilibre des forces politiques. Contrairement au scénario de 2020, sa liste des magistrats ne débutera pas par le nom d'Olivier Jornot, puisque la place est disputée.

Papables en retrait

La campagne a vraiment démarré la semaine dernière. Réunis en assemblée générale, le Parti socialiste et celui des Vert-e-s ont tous deux voté à l'unanimité (moins deux abstentions pour le premier) leur soutien à la candidature de Pierre Bayenet. Mais c'était après avoir sondé de potentiels candidats au sein de leurs rangs, notamment les premiers procureurs Yves Bertossa et Anne-Laure Huber ou encore la juge à la Cour Gaëlle Van Hove, et après avoir fait chou blanc. Aucun papable n'a souhaité se lancer pour des motifs divers et variés.

Il y a ceux qui pensent qu'il n'y a aucune raison valable de contester son poste à un procureur général qui dispose de la force de travail et de l'indépendance nécessaires à cette charge. Ceux qui ne veulent pas de ce fauteuil très exposé où il

faut accepter de déplaire et s'attendre à prendre des coups. Et enfin ceux qui sont très réticents à se lancer dans une élection ouverte, qui plus est devant le peuple, avec des arguments de politique pénale un peu usés ou assez artificiels. Sans compter que la perspective de croiser le fer avec

traumatisme» du précédent abandon, dicit Helena Verissimo de Freitas, présidente de l'association qui fait campagne pour ce candidat. Cette dernière réunit des politiques, des syndicalistes, des avocats et des universitaires. Leurs visages apparaissent désormais sur un site internet dédié.

«Il y a une forme de ras-le-bol de la politique judiciaire menée par Olivier Jornot»

THOMAS WENGER, PRÉSIDENT DU PARTI SOCIALISTE GENEVOIS

Olivier Jornot, un bon orateur qui maîtrise l'art de la répartie, est susceptible d'en décourager plus d'un.

Mobilisation à gauche

Mais pas de quoi freiner les ambitions de Pierre Bayenet, ancien député lui aussi, qui a désormais la voie libre. Il réussit, contrairement à sa première tentative (où il avait récolté 33% des voix), à rallier davantage et à faire oublier «le

tion qui, rappelons-le, compte quatre socialistes parmi les cinq premiers procureurs qui forment l'équipe de direction.

Organisation et politique pénale

Face aux médias, Pierre Bayenet a esquissé des objectifs à la fois organisationnels et de politique pénale. «La priorité absolue est de stabiliser le Ministère public qui, à l'image d'une baignoire qui se vide, connaît une fuite de cerveaux continue.» Pour remédier à «ce roulement permanent» qui engendre moult problèmes de célérité et affecte les justiciables, il prône des réformes pour stabiliser les procureurs dans leurs fonctions: faire en sorte que le parquet ne soit plus un tremplin pour accéder à d'autres juridictions (en favorisant les entrées directes) et créer des sections spécialisées dans diverses formes de criminalité pour offrir des perspectives d'évolution à l'interne.

Outre les thèmes dans l'air du temps – meilleure prise en charge des victimes de violences sexuelles et lutte plus efficace contre la cybercriminalité –, il y a le sujet qui fâche

de longue date: le fort taux d'incarcération qui caractérise Genève. C'est le seul moment où Pierre Bayenet va évoquer Olivier Jornot, ou plutôt sa directive B3 consacrée aux infractions à la loi sur les étrangers, qui prévoit notamment des barèmes de peines pour les personnes (et surtout les récidivistes) qui cumulent séjour illégal et petit délit. Au final, les habitués de cette catégorie peuvent finir longtemps en prison «pour des infractions qui ne le méritent pas». Pour casser cette mécanique, le candidat propose une collaboration avec les services sociaux et sanitaires dans l'idée de mieux préparer la sortie, surtout lorsqu'il s'agit de personnes précaires ou dépendantes.

«Pleine confiance»

Mais retour au reste de la magistrature. Cette fois, les élections générales ont été un peu plus compliquées à organiser, car il y avait à la fois davantage de partis et plus de candidats dits «hors partis». Pour couper court aux critiques lancinantes faisant état d'une sorte de «partage de gâteau» politique et apaiser ce débat, un soin particulier a été apporté au traitement des candidatures sans étiquette. «J'ai moi-même pris en charge l'examen de ces dossiers et assuré les contacts avec les personnes concernées», précise Cyril Aellen.

Entre roades et départs, il y a eu trois postes et demi libérés au sein de différentes juridictions civiles et pénales, qui ont été tous repourvus par des entrées dites «directes», par opposition à la carrière interne qui commence généralement par le parquet, comme le déplore Pierre Bayenet dans son programme. «Aucun de ces postes n'a été revendiqué par un procureur en place. On ne peut donc pas dire qu'ils attendent la première occasion pour quitter le Ministère public», souligne encore le président de l'interpartis. De quoi nuancer l'image de la baignoire.

Cela étant, la question du tournus important au sein de cette autorité de poursuite pénale, soumise à une grosse charge de travail, à beaucoup de stress, et à l'autorité d'un patron peu commode, sera certainement au menu de la campagne, même si ces questions organisationnelles risquent de ne pas passionner les foules. Pour le moment, seul le PLR est sorti du bois à droite pour renouveler sa pleine confiance à Olivier Jornot, qui «a modernisé l'institution et amélioré le traitement des affaires tout en garantissant une application rigoureuse et équitable du droit». A voir comment partis cousins et autres acteurs de la société civile vont aborder cette élection pas vraiment comme les autres. ■

Traduction instantanée et apps linguistiques bouleversent notre manière d'apprendre les langues

Vers la fin des profs de langues?

SOPHIE GREMAUD

IA ► Un professeur de langues disponible 24 heures sur 24, toujours de bonne humeur, qui corrige les copies en quelques secondes, s'adapte à vous et se glisse même dans votre poche. N'est-ce pas merveilleux? C'est la promesse de l'intelligence artificielle (IA). Aujourd'hui, les outils de traduction instantanée et les apps linguistiques redéfinissent notre approche des langues étrangères. Mais ces technologies nous rendent-elles vraiment meilleurs, ou nous dispensent-elles de réfléchir, au risque de devenir paresseux?

Chercheuse à l'Institut du plurilinguisme de l'Université de Fribourg et formatrice d'enseignants à la HEP Zurich, la Fribourgeoise Isabelle Udry a exploré cette question la semaine dernière lors d'une conférence à la Haute Ecole d'ingénierie et d'architecture (HEIA-FR).

Deux scénarios s'opposent: l'IA, menace ou opportunité pour l'apprentissage des langues étrangères?

Isabelle Udry: Les outils d'IA sont très performants, qu'il s'agisse de traduction ou d'apprentissage de la langue. Ils offrent une multitude de ressources, des exercices personnalisés, des feedbacks immédiats et même des conversations en direct avec des chatbots. Leur accessibilité permet d'augmenter le temps d'exposition à la langue, un des facteurs déterminants pour un bon apprentissage. Une étude que nous avons menée en 2021 montre que ces outils peuvent devenir, dans certaines conditions, des leviers d'apprentissage. Dans deux expérimentations sur la compréhension et la production écrite, près de 300 jeunes adultes ont utilisé différents types d'outils de traduction. Les résultats indiquent qu'avec une utilisation proactive de l'IA, comme DeepL ou des dictionnaires numériques, les élèves enrichissent leur vocabulaire. Malgré tout, l'IA apparaît comme un complément à l'enseignement traditionnel: elle offre de réelles opportunités, à condition d'être mise au service d'un apprentissage humain.



Le contact avec l'enseignant et les camarades reste l'atout majeur des cours de langues traditionnels, un aspect que l'IA ne saurait remplacer. KEYSTONE

C'est-à-dire?

Il serait illusoire de penser que l'on peut déléguer l'apprentissage à la machine, ou qu'un simple recours aux outils de traduction – qui ne fournissent qu'une équivalence de mots – puisse remplacer une véritable maîtrise de la langue. Une des questions centrales, c'est l'objectif que l'on poursuit. Pour rédiger un e-mail, commander une pizza ou lire un menu, l'IA fait très bien le travail. Pour obtenir un emploi ou un permis de séjour, une maîtrise autonome de la langue reste en revanche indispensable. Pour atteindre un tel niveau, rien ne remplacera l'interaction humaine avec un enseignant ou un contexte d'immersion linguistique: un apprentissage autonome, assisté par l'IA, ne sera guère suffisant.

Que reste-t-il au bon vieux cours de langue que l'IA ne saura jamais offrir?



«L'IA offre de réelles opportunités, à condition d'être mise au service d'un apprentissage humain» Isabelle Udry

Il crée un véritable espace social, un groupe, il permet de s'entraîner à s'exprimer en public et à affronter ce type de situations. Avoir des interactions authentiques, c'est finalement à cela que sert une langue. Le professeur motive et encadre l'apprenant, il offre un rendez-vous fixe à respecter. Ressentez-vous autant de gêne à manquer un cours qu'à ignorer une notification de Duolingo? L'enseignant amène plus que du savoir linguistique; il peut faire vivre la culture. Par exemple, cette enseignante de romanche qui apporte des gâteaux aux noix des Grisons. Ce sont des choses simples, mais ce lien humain est quelque chose qu'aucune machine ne pourra remplacer.

Mais à quoi bon apprendre une langue à l'heure où nous avons tous en poche des téléphones, dopés à l'intelligence artificielle, capables de comprendre, parler

et traduire presque n'importe quelle langue en temps réel?

Prétendre qu'il n'est plus nécessaire d'apprendre une langue sous prétexte que ces outils sont compétents revient à adopter une vision réductrice de la langue, vue comme une simple suite de mots à transposer. Or une langue est un véritable instrument de communication fait de nuances, de codes culturels, d'implicites, d'humour...

En témoigne le débat émotionnel sur l'abandon de l'apprentissage précoce du français côté allemand...

Oui, on a vu avec cet exemple que l'apprentissage de la langue n'est pas seulement une question scolaire: c'est une question politique. La langue porte en elle bien plus que des mots, elle traduit des enjeux culturels et identitaires. Parler une langue, c'est s'ouvrir à l'autre, à sa culture, à son histoire.

Au-delà de l'aspect culturel, on évoque souvent les bénéfices cognitifs de l'apprentissage des langues. Assimiler du vocabulaire ou des verbes irréguliers contribue réellement à développer d'autres compétences?

Beaucoup de théories circulent en effet sur les bénéfices cognitifs du plurilinguisme mais certaines relèvent davantage du mythe que de la réalité. On a tendance à présenter le fait de parler plusieurs langues comme un superpouvoir, capable, par exemple, de prévenir la démence. Mais ces croyances sont à nuancer: on peut stimuler le cerveau de bien d'autres façons, par la danse, les échecs, les sudoku... Certes, apprendre une langue demeure un précieux exercice cognitif mais il y a plein d'autres raisons de le faire, ne serait-ce que pour le plaisir. I

LES ÉCOLES DE LANGUES TIENNENT BON

Les écoles de langues considèrent l'IA comme une «alliée pédagogique» plutôt que comme une concurrente.

Contactées, les principales écoles de langues présentes à Fribourg s'accordent, «les meilleurs résultats viennent du duo enseignant + outil intelligent, pas de l'outil seul». Et de souligner, en chœur, les atouts d'un apprentissage en présentiel: contact humain, interactions sociales, esprit de groupe, relation de confiance avec l'enseignant, motivation par le feedback et la compétition naturelle au sein du groupe... «Avec un enseignant, le risque d'abandon est nettement réduit», relève l'Ecole-club Migros.

Si le Swiss Language Group, qui regroupe Wall Street English, l'Ecole suisse d'allemand et la Swiss French School, ne constate aucune baisse de fréquentation dans ses classes, l'Ecole-club Migros note que, pour les langues pratiquées à des fins de loisirs comme l'italien ou l'espagnol, certains apprenants se tournent parfois vers des applications de traduction ou des outils basés sur l'IA plutôt que vers un cours classique.

Plutôt que de subir la montée en puissance de l'IA, les écoles de langues la considèrent comme une «alliée pédagogique» et l'intègrent à leur offre. A l'Ecole-club Migros, elle permet de personnaliser l'apprentissage, d'augmenter l'interactivité et le temps d'entraîne-

ment autonome hors classe et elle soutient la création de matériel pédagogique. Education First (EF) indique avoir développé ses propres méthodes d'évaluation basées sur l'IA ainsi qu'une application pour «apprendre et pratiquer la langue à distance». «Il existe un véritable intérêt de la part des enseignants à explorer les opportunités offertes par l'IA», confie Laurent Morel, directeur romand d'EF.

Jérôme Rottet, directeur pour Fribourg du Swiss Language Group, résume: «Nous ne nous opposons pas aux apps, nous les intégrons intelligemment.» En complément de la pratique individuelle, du suivi par le professeur et des événements organisés

par les écoles, le groupe «développe des outils d'IA pour accélérer la progression». A l'heure de l'IA omniprésente, le directeur reste confiant: «Plus la technologie avance, plus l'humain prend de la valeur.»

L'expérience humaine est également l'arme secrète d'EF, bien connu pour ses séjours linguistiques à travers le monde. «Notre rôle commence là où les outils numériques s'arrêtent. Nous offrons une expérience que ni le numérique ni l'enseignement traditionnel ne peuvent reproduire: vivre la langue dans le pays où elle est parlée, rencontrer des personnes de cultures différentes et comprendre les codes locaux, les habitudes et les accents», conclut Laurent Morel. **50G**

L'OMBRE DE DUOLINGO

Mascotte de Duolingo, la chouette verte Duo est la principale rivale des professeurs de langues traditionnels. L'application linguistique, qui propose plus de 100 cours dans plus de 40 langues, est devenue la plus populaire de sa catégorie avec plus de 50 millions d'utilisateurs quotidiens en 2025.

En mai dernier, son créateur guatémaltèque Luis von Ahn a provoqué une vive polémique auprès du corps enseignant en affirmant, dans un podcast, que l'intelligence artificielle finirait par remplacer les professeurs. Face aux critiques, le CEO de l'entreprise cotée en Bourse a tenté – tant bien que mal – de calmer le jeu en soulignant que l'école resterait essentielle «parce qu'on aura toujours besoin d'une solution de garde». **50G**